Wir Ostpreußen

Verlagspostamt Leer (Ostfriesl.) · Einzelpreis 35 Pf. · Im Abonnement 61 Pf einschließlich Zustellgebühr

Folge 11 · Hamburg, 5. Juni 1950 / Verlagsort Leer (Ostfriesl.) · Jahrgang 2

Von Würde und Verheißung der großen Not

Ein Wort an die Heimatvertriebenen und an das ganze deutsche Volk

In diesen Tagen geht unter den Vertriebenen ein Wort eines unbekannten Verfassers von Hand zu Hand, das in ergreifender Weise die große Aufgabe zeigt, die die Heimatvertriebenen gegenüber Gesamtdeutschland und der Welt zu erfüllen haben. Wir geben — mit geringfügigen Änderungen — dieses Wort hiermit einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

„Ich habe nie daran gezweifelt, daß Gott der Herr der Geschichte ist. Als unser Töchterchen beim Spielen von einer schlecht vergrabenen Flakgranate zerrissen wurde, trug sicher die Fahrlässigkeit der zuständigen Stellen daran Schuld — und dennoch waren wir dessen ganz gewiß, daß ohne Gottes Willen unser Kind niemals gestorben wäre. Jeder Mensch muß Verantwortung tragen für sein Tun, aber stets sind wir — mit unsern guten und mit unsern bösen Taten — Handlanger Gottes. Sollten ausgerechnet die Polen nicht Handlanger Gottes sein? Sie werden vor Gott und der Welt verantworten müssen, was sie tun und taten — aber daß sie uns der Heimat berauben, geschieht nicht ohne Gottes Willen. Gott hat uns auf die Wanderstraße geworfen.

Er sagte einst zu den Frommen des alten Bundes: „Gehe aus Deinem Vaterlande und aus Deiner Freundschaft und aus Deines Vaters Hause in ein Land, das ich Dir zeigen werde." Sollte dieser Befehl Gottes auch nicht stehen über dem großen Treck von Osten nach Westen? Sollte die furchtbare Heimatlosigkeit nicht eine ungeheure Aufgabe sein, die Gott uns zu traut? In jener kalten Winternacht, in der wir unser Heim verlassen mußten, standen wir noch einmal im Kreise beisammen und sangen auf Wunsch der Kinder das alte Wanderlied: „Befiehl Du Deine Wege". Und damit sahen wir den vor uns liegenden Weg in Armut und Ungeborgenheit an als einen Ruf in ein ungeahntes neues Leben, als eine große Aufgabe, in der wir bestehen sollten.

Ich habe nie daran gezweifelt, daß Gott der Herr der Flüchtlinge ist, und daß er etwas von ihnen will, und daß er etwas mit ihnen vorhat. Wir, die wir in jeder Beziehung in der Luft hängen, haben einen Auftrag von einer Bedeutung, wie er nicht oft Menschen zuteil wird. Von der Größe unserer Not wollen wir hier nicht sprechen, auch nicht davon, wie wenig die Menschen, die noch Heimat haben, sich in unsere Lage hineinversetzen können. Aber davon wollen wir reden, daß eben diese Not unsere Aufgabe ist, daß Gott mit unserer Not ein großes Werk tun will. Wir kommen als Botschafter Gottes und tragen in unserer Armut das Zeichen unseres Dienstes. Eben unsere Entbehrungen, unsere Einsamkeit, unser Heimweh, unser Nichtverstandenwerden, unsere Demütigungen: Das alles ist unsere Aufgabe, zu der wir um Gott und aller Deutschen willen „ja" sagen sollen, unsere Aufgabe, die wir zu lösen berufen sind. Wir haben unseren Wirtsleuten, die leise oder laut über uns seufzen, etwas zu bringen: Unser neues Menschentum, ein Menschentum ohne all das, was unser Leben bisher ausmachte und noch — wer weiß, wie lange noch? — das Leben der Süd-West- und Nord-Deutschen weithin ausmacht. Ein Menschentum aber, das seine Würde und Größe hat im tapferen gläubigen Ja zum Leben in der Schwebe. Ein Menschentum, das keine andere Sicherheit mehr kennt als den Auftrag Gottes und in solcher Berufung kühn und freudig seinen neuen Weg zieht. Gott wagt mit uns einen gewaltigen Versuch. Er sondert Menschen aus, die nur von seinem Auftrag leben sollen. Er fordert von uns: Keine menschliche Sicherheit zu suchen, sondern mitten in all der Ungewißheit unseres neuen Daseins in seiner führenden Hand uns geborgen wissen.

Wir kommen ja gar nicht mit leeren Händen, wir verarmten Menschen des deutschen Ostens. Wir bringen als unsern großen Besitz unser neu geschenktes „Leben in der Schwebe". Wir bringen einen neuen Reichtum, den wir berufen sind zu verschenken. Der klagende Flüchtling fällt auf die Nerven und erweicht — wie wir sehen — kaum ein Herz. Glaubst Du, daß ein Mensch, der mitten in aller Not des Leibes und der Seele die Haltung des Vertrauens ausstrahlt: „Gott sitzt im Regimente und führt alles wohl", auf die Dauer ohne Wirkung bleibt? Der Sturmwind Gottes hat uns gründlich zerzaust. Aber er trägt uns auch. Er hält unser Leben in der Schwebe. Beschwören wir nicht zu sehnsüchtig die alten schönen Zeiten, sondern wagen wir den uns gewiesenen Weg im Vertrauen auf den „der Wolken, Luft und Winden gibt Wege, Lauf und Bahn" — Er wird auch Wege finden, da Dein Fuß gehen kann. —

Seit 200 Jahren versucht der abendländische Mensch praktisch ohne Gott zu leben. Die Satten und die Geborgenen haben es leicht, Gott zu vergessen. Gott ist ein Fremdling geworden in deutschen Landen. Nun kehrt er mit uns Fremdlingen ein in Dörfer und Städte. Nun wandert er durch die Häuser mit denen, die kein anderes Lebensfundament mehr haben als den lebendigen Glauben. Wir tragen das Gottvertrauen als teuerstes Vermächtnis unserer Heimat in unserem Herzen. Das konnte uns der Pole und Tscheche nicht rauben. Bringen wir es nun wirklich mit als Gabe unseren Gebern? Erwacht durch uns eine neue tapfere Gläubigkeit? Erscheinen wir als lebende Zeugen der wahren Gotteskunde? Tragen wir die Welten-wandelnde Fackel des „Aus Gnaden allein" in unsern Herzen als zündende, um sich greifende Wirklichkeit? Sind unsere Berichte von Flucht und Wanderschaft ein Lobpreis erfahrener Wunder Gottes?

Deutschland ist müde und verzagt. Wer wäre wohl berufen, das neue Leben zu leben und zu wecken, wenn nicht wir Heimatvertriebenen, wir Flüchtlinge „von Gottes Gnaden". Wir dürfen die Not unserer Tage tragen wie eine Würde, wie eine große Verheißung. Gott schenke uns, daß wir uns als Vorkämpfer wissen einer völkischen Neuwerdung, die allein aus den Kraftquellen christlicher Gläubigkeit erwachsen kann! Dann wächst das neue Menschentum, das mit Gott freudig Taten tut und in ein Neuland wandert, das Gott uns schenken will. Dann sind wir Vertriebenen „die Armen, die doch viele reich machen."

Gedanken zur Ostdeutschen Heimatwoche in Hamburg

Hamburg. Der Pressetisch an den beiden Kundgebungssonntagen aus Anlaß der Ostdeutschen Woche in Hamburg war jeweils mit etwa 20 Vertretern der maßgebenden Presseorgane besetzt. Wenn es eines äußeren Symptoms für die Wandlung in der Beachtung der Vertriebenenfrage bedurft hätte, so war es hier gegeben. Auch die Anzahl der Teilnehmer an diesen Kundgebungen war imponierend. Aber es wäre, wie ein Redner es ausdrückte, ein Kleines, Millionen aufmarschieren zu lassen, sofern die geldlichen und technischen Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Wichtiger als diese äußeren Merkmale aber sind die geistigen Faktoren, die hinter diesen Begebenheiten standen. Aus den vielen goldenen Worten, die von der Tribüne gesprochen wurden und die auf der politischen Ebene in der Erklärung des Vertriebenen-Ministers gipfelten, daß jede Forderung auf einen Verzicht der uns vorenthaltenen Gebiete — von welcher Seite sie auch kommen möge — mit einem „Niemals" beantwortet werden würde, hebt sich die Aeußerung des Sprechers der Sudetendeutschen, Dr. Lodgman von Auen, ab, der die Ostdeutsche Woche als einen Markstein in der Geschichte der Vertriebenen bezeichnete, als einen Faktor, der das Zusammenwachsen aller Deutschen zu einer Nation zu fördern geeignet sei.

Dem Charakter der Landsmannschaften entsprechend, kam die kulturelle Arbeit in starkem Maße zum Ausdruck. Sie forderte die Kritik des Westens heraus und bestand sie. Das bewiesen die Musikabende (Prof. Erdmann), die Dichterlesungen (Walther von Hollander) und die Vorträge von Gerhard Sanden über die bildende Kunst im Raum zwischen Weichsel und Memel, von Prof. Dr. Schumacher über Geschichte und Dichtung Ostpreußens im Spiegel der Jahrhunderte, von Prof. Dr. Grundmann über das schlesische Kunsthandwerk, von Freiherrn von Ungern-Sternberg über Tier, Mensch und Landschaft Ostpreußens und von Walter Mielke über Kopernikus als Mensch und Deutscher sowie von Wilhelm Beckmann über die astronomische Tat des Kopernikus und ihre Auswirkungen auf das Weltbild der

folgenden Jahrhunderte. Sie waren Brückenschläge, die den Osten und Westen zusammenführten und die verschüttete Erkenntnis freilegten, daß ein Schicksal über die Fragen des Tages hinweg alle Menschen von der Maas bis zur Memel und darüber hinaus verbindet. Die nüchterne Hansestadt stand im Zeichen dieser Begebnisse; sie merkte auf und wurde sich bewußt, daß das Tor der Welt, wie sie sich gern nennen läßt, auch ein Tor zum deutschen Osten sein kann. Die vereinigten Landsmannschaften, die diese Tat verrichteten, können sie mit Genugtuung verzeichnen.

Hannover. In Niedersachsen befinden sich noch rund 100000 Vertriebene in 1200 Flüchtlingslagern. 1069 Lager sind ausgesprochene Dauerlager. Wieviel Not, Entbehrungen und Hoffnungslosigkeit umschließen diese Zahlen!

Berlin. In Kreisen der Heimatvertriebenen wurde es dankbar begrüßt, daß anläßlich des Besuches des Bundeskanzlers in Berlin erstmals auch die Fahnen der ostdeutschen Provinzen Ostpreußen und Pommern, Schlesien — mit einem Trauerflor umwunden — vor dem Schöneberger Rathaus wehten. Man hätte nur gewünscht, daß auch die Fahne der Sudetendeutschen gezeigt worden wäre, um deren Anspruch auf Selbstbestimmungsrecht und Heimat damit symbolisch zum Ausdruck zu bringen.

Wie der Lastenausgleich aussehen soll

Die Grundsätze, auf die sich die Vertreter der Regierungsparteien festgelegt haben — Sie sind vom Kabinett gebilligt worden

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für den Lastenausgleich, Abg. Kunze, legte in einer Pressekonferenz am 1. Juni die Grundsätze dar, nach denen der Gesetzentwurf über den Lastenausgleich ausgearbeitet und dem Bundestag vorgelegt werden soll. Wir geben die bedeutungsvolle Erklärung des Abg. Kunze hier im Wortlaut wieder:

„Zur Frage des Lastenausgleichs gebe ich als Sprecher der Fraktion CDU/CSU nachstehende Grundsätze bekannt. Diese Grundsätze sind in eingehenden Beratungen der Vertreter der Regierungsparteien und der beteiligten Ministerien festgelegt und nach Vortrag des Herrn Bundesministers der Finanzen **vom Kabinett gebilligt** worden.

1. **Ausgangspunkt für alle Entschädigungen ist der festgestellte Schaden des Einzelnen, sei er Vertriebener oder Kriegsgeschädigter. Ueber die Höhe der Entschädigung (Prozentsatz) läßt sich heute noch nichts sagen, da die Höhe abhängt von der gesamten anerkannten Schadenssumme. Jedoch ist vorgesehen eine Begrenzung der Entschädigung (Obergrenze); auch ist an eine Abstufung des Verhältnisses zwischen Schaden und Entschädigung je nach der absoluten Höhe gedacht. Ueber die Entschädigung aus materiellen Verlusten soll im angemessenen Rahmen für die Heimatvertriebenen die Auswirkung des verlorenen Heimatzusammenhangs, der Verlust der früheren Position usw., berücksichtigt werden. Das gleiche soll bei Altansässigen, die durch Kriegsereignisse den Heimatort verlassen mußten, geschehen (Evakuierte).**

2. **Die Zahlung der Entschädigung soll unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse der Entschädigungsberechtigten zeitlich unter sozialen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen.** Es soll vorgesehen werden, daß Entschädigungsansprüche zurückgestellt werden, solange nicht bestimmte Voraussetzungen hinsichtlich der Dringlichkeit gegeben sind. Der Grundsatz des individuellen Rechtsanspruchs wird dadurch nicht aufgehoben.

3. Die Entschädigung für erwerbsunfähige und alte Geschädigte wird nach gleichen Gesichtspunkten geregelt. Den **alten und erwerbsunfähigen Geschädigten** soll der ihnen zuerkannte Entschädigungsanspruch in Raten erfüllt werden, deren Höhe nach Alter und Invalidität progressiv gestaltet wird. Auch kann auf Antrag bei Ueberschreitung einer bestimmten Altersgrenze die zuerkannte Entschädigungssumme in eine Leibrente auf Lebenszeit umgewandelt werden.

4. Es ist beabsichtigt, die Bestimmungen über die öffentliche Fürsorge dahingehend zu ergänzen, daß Fürsorgeleistungen Vertriebenen nicht lediglich unter Berufung auf die Unterhaltspflicht versagt werden und daß Leistungen aus dem Lastenausgleich nicht für Zwecke der Erstattung vorausgegangener Fürsorgeleistungen in bestimmten Grenzen herangezogen werden dürfen. Sinn dieser beabsichtigten Maßnahme ist, den erwerbsfähigen Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten die Gründung einer neuen Existenz durch die Notwendigkeit der Unterhaltsgewährung an Angehörige nicht zu erschweren oder unmöglich zu machen.

5. Den **Vertriebenen sollen die nachgewiesenen Geldverluste (Sparkassen- und Bankguthaben) auf Grund der Bestimmungen der Währungsgesetzgebung innerhalb des Lastenausgleichs anerkannt werden. Durch diese Maßnahme werden die Vertriebenen den Einheimischen bezüglich der Währungsreform gleichgestellt.**

6. Um die **Durchführung des Lastenausgleichs vorzubereiten, hat bereits der Herr Bundesminister der Finanzen in der Kabinettssitzung vom 23. Mai 1950 auf sein Ersuchen den Auftrag erhalten, eine Erfassung der Kriegsschäden in die Wege zu leiten und die dazu erforderlichen Maßnahmen umgehend zu treffen.**

7. Die Berichterstattung in der Konferenz des Bundespresseamtes vom 23. Mai 1950 hat bei den interessierten Kreisen zu weitgehenden Mißverständnissen geführt. Es ist richtig, daß in der Gesamtlinie vorgesehen ist, daß unter Berücksichtigung von Freigrenzen, deren Höhe nach sozialen Gesichtspunkten festgesetzt werden soll, **im Durchschnitt aufs Ganze gesehen, eine 50prozentige Belastung aller Vermögen zu erfolgen hat. Es ist aber noch nicht festgelegt, innerhalb welcher Zeiträume die Abtragung dieser Vermögensschuld erfolgen soll. Insoweit ist die Mitteilung „25 Jahre 2%" unvollständig. Es muß eine Staffelung erfolgen, weil die verschiedenen Vermögensarten, ertragswirtschaftlich gesehen, verschiedenen Charakter haben. Besonderer Wert wird auf die Möglichkeiten der Naturalabgabe gelegt. Demgemäß wird das Gesetz einen starken Anreiz zur Naturalabgabe schaffen.**

   Die auch in der Pressekonferenz des Bundespresseamtes vom 23. Mai gemachte Mitteilung, daß das Kabinett die Frage „Abgabe vom Ertrag oder von der Substanz" zu Gunsten der Abgabe vom Ertrag entschieden habe, ist irreführend, weil sie unvollkommen ist. Die Frage läßt sich gar nicht generell ordnen. Es gibt Vermögen, bei denen man praktisch nur einen Teil des Ertrages wegnehmen kann und damit die weitere Vermögensbildung unmöglich macht. Andererseits gibt es Vermögen, bei denen ohne Gefährdung der Wirtschaft eine Substanzverlagerung stattfinden kann. **Die Grundlinie ist die: In den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen und volkswirtschaftlich Sinnvollen zu einer echten Vermögensverlagerung zu kommen.**

   Diese Vermögensabgabe, die, wenn auch in tragbarer Form, mit einer **Verzinsung** verbunden sein wird, ist nicht die einzige Quelle aus der die Mittel für den Lastenausgleich fließen sollen. U. a. ist auch beabsichtigt, das Vermögen der öffentlichen Hand, welches wirtschaftlichen Zwecken dient, genau so heranzuziehen, wie das im Privatbesitz befindliche Vermögen. Es ist ferner beabsichtigt, Währungsgewinne weitgehendst zu erfassen. Insoweit wird die Frage des Vergleichs der Geldvermögensteile vom letzten Reichsmarktag zum 21. Juni 1948 geprüft. Durch diese Maßnahme werden praktisch an sehr vielen Stellen Hortungsgewinne erfaßt.

   Die Vertreter der Koalitionsparteien und die an den Vorberatungen beteiligten Bundesministerien sind sich einig darüber, daß weitgehendst die Tilgung der Vermögensbelastung nur auf dem Wege einer **Verrentung durchführbar** sein wird, **weil die Wirtschaft und die Landwirtschaft** unter keinen Umständen in ihrer Produktion gestört oder gefährdet werden dürfe. Die Möglichkeiten zu einer schnelleren Flüssigmachung der für den Lastenausgleich erforderlichen Mittel hängen von der gesamten wirtschaftlichen und auch politischen Entwicklung ab. Es wird selbstverständlich sein, daß im Rahmen der Möglichkeiten ohne Gefährdung der Währung alle Wege der Vorfinanzierung beschritten werden, die sich im Laufe der Zeit als gangbar erweisen. Hier kann nur ein Grundsatz aufgestellt werden, weil es niemand verantworten kann, jetzt schon Zahlen zu nennen, die der erhofften und angestrebten Stärkung der deutschen Wirtschaft vorgreifen. Solche Aussagen würden Propaganda bedeuten und zeitlich verfrühte Hoffnungen erwecken, zu denen sich eine verantwortungsbewußte Partei ebenso wie eine verantwortungsbewußte Regierung niemals herbeilassen kann und darf.

8. Es ist der Wille der Regierung und der sie tragenden Parteien, in echter Zusammenarbeit mit allen Parteien des Deutschen Bundestages die Frage des Lastenausgleichs zu lösen, daß eine Eingliederung der Millionen Vertriebenen und die Interessen der Fliegergeschädigten bis zur Grenze des wirtschaftlich Möglichen und Tragbaren gefunden wird. Regierung und Regierungsparteien wissen, daß von einer guten Lösung dieser Frage des Lastenausgleichs die soziale Befriedung unsers Volkes weitgehend abhängt. Sie sind sich ihrer großen Verantwortung vollauf bewußt."

Dort Menschenleere, hier Ueberbevölkerung

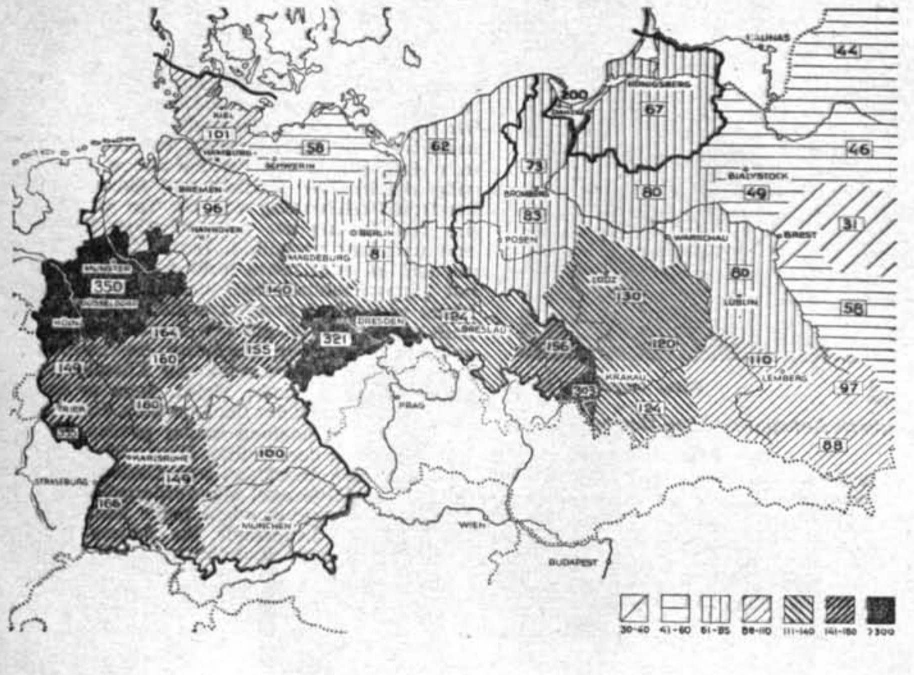
Die Veränderung der Bevölkerungsdichte im Osten und Westen

Durch die Bevölkerungsverschiebungen infolge der Austreibung der ostdeutschen Bevölkerung ist in Zentralpolen und in den jetzt unter polnischer, bzw. sowjetischer Verwaltung stehenden Gebieten eine wesentliche Verringerung der Bevölkerungsdichte verursacht worden, während gleichzeitig durch den Zustrom der Heimatvertriebenen westlich der Oder-Neiße-Linie eine außerordentlich starke Erhöhung des Bevölkerungsdrucks eingetreten ist.

Der „Göttinger Arbeitskreis" heimatvertriebener Wissenschaftler hat auf Grund der letzten bevölkerungsstatistischen Erhebungen zwei Karten hergestellt, aus denen diese schicksalsschweren Veränderungen deutlich erkennbar sind. Während die eine Karte die Bevölkerungsdichte in den einzelnen Distrikten im Jahre 1939 zeigt, stellt die andere die gegenwärtige Lage dar.

Ein Vergleich der Karten ergibt beispielsweise, daß infolge der Austreibungen die Bevölkerungsdichte in Süd-Ostpreußen von 67 pro Quadratkilometer auf 29, also um rund 57 Prozent zurückgegangen ist. In Niederschlesien betrug die Abnahme (von 124 auf 73) rund 41 Prozent, obgleich man sich polnischerseits bemühte, insbesondere Breslau weitgehend mit Einwohnern zu versehen. Selbst in dem unzerstört in polnische Hand übergegangenen oberschlesischen Industriegebiet nahm die Bevölkerungsdichte von 303 auf 287 pro Quadratkilometer ab, obwohl hier einzelne Städte ihre Bevölkerungszahl geringfügig erhöhten. Dabei wäre das Absinken der Bevölkerung in den Oder-Neiße-Gebieten noch weitaus stärker gewesen, wenn nicht aus Zentralpolen wesentliche Bevölkerungsteile nach dorthin überführt worden wären. Im Gebiet Lodz hat die Bevölkerung von 130 auf 88 je Quadratkilometer abgenommen. Insgesamt ergibt sich aus diesem Bild, daß Polen trotz aller Bemühungen — wie z. B. auch Rückführung von Auslandspolen und Umsiedlung der Polen aus den Gebieten jenseits der Curzon-Linie — nicht in der Lage war, die sogenannten „wiedererrungenen Westgebiete" entsprechend zu besiedeln.

Dagegen zeigen die Karten deutlich die Zusammenballung der Menschen westlich der Oder-Neiße-Linie. Am stärksten stieg die Bevölkerungsdichte in den vorwiegend agrarischen Gebieten, vor allem in Schleswig-Holstein (von 101 auf 173, also um 72 Prozent). In Niedersachsen nahm die Bevölkerungsdichte bis zu 44,4 Prozent zu. In Mecklenburg betrug die Bevölkerungszunahme 36 je Quadratkilometer (von 58 auf 94, d. h. um 38 Prozent). Selbst bereits in der Vorkriegszeit übervölkerte und zum Teil stark kriegszerstörte Gebiete wie Nordrhein-Westfalen weisen eine Verdichtung der Bevölkerung von 350 auf 371 je Quadratkilometer auf. Zu dieser Verschärfung des Bevölkerungsdrucks hat auch der Zustrom aus dem Sudetenlande und dem Südosten beigetragen, der ebenfalls durch die Massenaustreibungen verursacht wurde. Die Karten verdeutlichen so in nüchternen Zahlenangaben den Widersinn einer vernunftlosen Gewaltpolitik. Zugleich zeigen sie deutlich den einzigen Weg zur Wiedergutmachung.





—.—

Neue Propagandathese zur Verteidigung der Oder-Neiße-Linie

In der in Budapest erscheinenden Zeitschrift: „Für einen dauernden Frieden", die im Dienste der Friedensfront-Propaganda der Oststaaten steht, erläßt der polnische Staatspräsident Bierut einen Aufruf, dem deswegen besondere Bedeutung zukommt, weil er neue Gesichtspunkte in der propagandistischen Verteidigung der Oder-Neiße-Linie verkündet. Nachdem die These von den „historischen Ansprüchen Polens" auf die Oder-Neiße-Gebiete sich als allzu problematisch erwies und die weitere Behauptung, es handele sich um eine „Entschädigung" für die an die Sowjetunion abgetretenen Gebiete auf sowjetischen Wunsch hin zurückgestellt wurde — da man sowjetischerseits der Ansicht ist, daß es sich nur um eine „Rückgabe geraubten Gebietes" handelte, für Rückgabe eines Raubes aber natürlich keine „Kompensation" verlangt werden kann —, wird nunmehr hervorgehoben, daß diese Gebiete den „wirtschaftlichen Fortschritt des neuen Polens" garantieren und daß „der Klassenfeind", insbesondere „der westliche Kapitalismus" diese Gebiete zurückfordere, um den „sozialistischen Aufbau" zu sabotieren. — An die Stelle der nationalistisch-chauvinistischen Beweisführung tritt also nunmehr die kommunistische.

Im Rahmen dieser neuen Propagandaaktion stehen auch Benennungen von polnischen Gruben und Industriewerken nach bekannten Kommunisten. Die Grube „Weißer Stein" in Waldenburg/Niederschlesien wurde „auf Beschluß der Belegschaft" zur Ehrung des französischen Kommunistenführers in „M. Thorez-Grube" umgetauft.

Die Kunst der Ostpreussen

Zu einer repräsentativen Ausstellung in der Hamburger Kunsthalle / Von Christian Otto Frenzel



Hirtenlied Foto: Ingeborg Sello

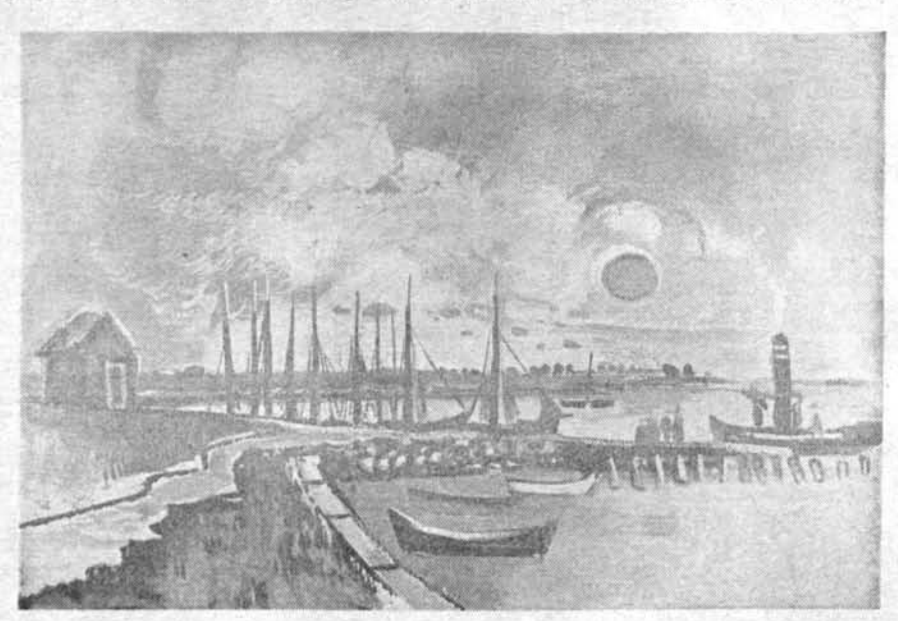
Aquarell von Bruno Paetsch (Nordostdeutsche Kunstausstellung Hamburg)

Es war ein guter Gedanke, anläßlich der „Ostdeutschen Woche" in Hamburg mit einer großangelegten „Ostpreußischen Kunstausstellung" hervorzutreten. Zum ersten Mal seit Kriegsende gibt sich damit die Gelegenheit, das neue Wirken jener Maler und Bildhauer zu verfolgen, die die Schrecken des Krieges und die Leiden der Flucht überstanden haben. Sie leben heute weit verstreut in den Westzonen, und man begegnet ihnen ebenso in Bayern wie in Westfalen, im Rheinland oder in Schleswig-Holstein. Manche von ihnen haben sich zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen, wie Eduard Bischoff und Franz Marten in Gelsenkirchen; andere sind Einzelgänger geblieben und kämpfen in neuer Umgebung um Achtung und Erfolg. Aber alle haben sie das gleiche Schicksal; was sie miteinander, bei aller Verschiedenheit ihrer Kunst im einzelnen, verbindet, ist ihre unverbrüchliche Liebe zur Heimat, dem Lande zwischen Weichsel und Memel.

Diese Liebe beherrschte von jeher die Kunst der ostpreußischen Maler. Auch heute noch ist sie unverkennbarer Quell ihres Schaffens. Lag auch Ostpreußen weitab von Berlin, der Kunstmetropole des Reichs, so wuchs hier doch eine starke, eigenartige, landgebundene Kunst. Gewiß wußte man im „Reich", wie man in Ostpreußen zu sagen pflegte, nicht allzu viel von jener Kunst und jenen Künstlern, die zwischen Memel und Danzig beheimatet waren. Man kannte wohl Lovis Corinth aus Tapiau: denn er hat als einer der großen deutschen, impressionistischen Maler mit seiner Kunst Weltruhm erlangt. Man kannte auch Käthe Kollwitz, der Königsbergerin, die ihre Aufgabe darin sah, das notvolle Dasein der Armen und Gedrückten wie ein ständiger Appell an das Gewissen der Anderen mit der begnadeten Zeichenhand zu schildern; aber man hat ihr Unrecht getan, wenn man die tendenziöse, plakative Wirkung ihrer Kunst betonte und dabei übersah, daß es ihr nicht so sehr um politische Wirkung ging, sondern daß es ein großes Herz war, welches das einzige Thema überragend in immer neuen, aufrüttelnden Abwandlungen gestaltete.

Aber neben diesen international Anerkannten schuf die Mehrzahl der Maler und Bildhauer in der Stille. Wer im „Reich" wußte schon, was für ein großer Künstler der bescheidene Alfred Partikel war? Sein Ruhm ist kaum über Ostpreußen hinausgedrungen. Aber das setzt den Wert seines Werkes nicht herab. Wer im vergangenen Herbst die Ausstellung Alfred Partikels in der Hamburger „Galerie der Jugend" gesehen, war angerührt von der Einheitlichkeit und stillen Größe, die auch noch der schmale Rest des zum meisten Teile vernichteten Werkes dieses Malers ausstrahlt, der selber 1945 in den Wirren der Zeit verschollen ist. „Wie ein Stern strahlt sein Gedächtnis", so möchte man mit dem großen ostpreußischen Dichter Arno Holz sagen ...

Beschränkt sich die Hamburger Ausstellung, die vor allem der Initiative von Ida Wolfermann-Lindenau zu danken ist, im Wesentlichen auf die Lebenden, so bietet sie u. a. doch gerade von Partikel einige Aquarelle, die in ihrer Zartheit und liebevollen Landschaftsschilderung wie ein Tor wirken, das den Zugang zur ostpreußischen Kunst rein und klar vermittelt. Diese Kunst war nie und ist auch heute nicht das, was man mit „Experimentierkunst" bezeichnet. Was Maler wie Alfred Partikel malten und heute noch malen, das ist mit den Augen gesehen und aus lebendiger, sinnlicher Anschauung gestaltet. Wohl verwandelt der Künstler in seiner Nachbildung die Natur, denn er hat nicht die Mechanik der Photographie. Um nur ein Beispiel zu nennen: in der großen Flächigkeit und in dem breiten Hinstreichen der Farben in den Gemälden von Gerhard und Erika Eisenblätter sind alle vordergründigen Einzelheiten verschwunden; dafür aber tritt die Größe der Landschaft, ihr wahres Wesen umso mehr in Erscheinung. Das Auge wird magisch von den Linien angezogen, die die Form der Dünen oder der Hügel bestimmen, — es fühlt sich in den Raum ver-



Fischereihafen in Ostpreußen Foto: Ingeborg Sello

Oelgemälde von Fritz Heidingsfeld (Nordostdeutsche Kunstausstellung Hamburg)

setzt, der durch den Bildrahmen begrenzt wird. Doch diese Begrenzung ist nur eine äußerliche: gerade durch sie erlebt der Betrachter der Bilder die Weite und die Unendlichkeit dieser Räume, als ein Immer-Seiendes, Ewig-Währendes, — wie einst, als er selber in dieser weiten Landschaft lebte, wo Gott, Mensch und Natur noch im Einklang miteinander schienen.

Hier liegt überhaupt die große, weil allgemeine Bedeutung der Kunst zwischen Weichsel und Memel. Nicht allein, daß sie das Bild der heute verlorenen, so heißgeliebten Heimat festhält in der Erinnerung, sondern mehr noch, daß sie einen Lebensstrom sichtbar macht, der, unverbildet und jung, alle Möglichkeiten fruchtbarer, naturnaher Entwicklung noch in sich trägt. Die ostpreußischen Künstler brauchen nicht zurückzukehren zur „Gegenständlichkeit" wie ihre Kollegen von der „abstrakten" Malerei: denn jene waren und blieben immer dem Gegenstande nahe, und selbst ein Maler wie der aus Heydekrug stammende Horst Skodlerrak, den man als eine auffallende Begabung unter den jüngeren modernen Malern ansprechen darf — sein Werk hat bei verschiedenen Ausstellungen in deutschen Großstädten starke Beachtung gefunden —, weiß genau, wo das Malerische aufhört und die Verstandeskunst beginnt.

Die ostpreußischen Maler, wie sie die gegenwärtige Ausstellung in der Hamburger Kunsthalle vor Augen führt, sind vor allem Landschafter. Noch ist die Erinnerung an das Land zwischen Weichsel und Memel in ihnen unverblaßt lebendig. Der ganze Zauber Ostpreußens ist in diesen Bildern enthalten: die große Melancholie der Seen und Wälder Masurens wie die heitere, sommersatte Geborgenheit des Oberlandes oder die großartige Einsamkeit der Kurischen Nehrung, die dramatische Zerklüftung der Samlandküste oder die Stille der herrlichen, frostklirrenden Winterwelt!

Man findet dies in den Bildern der älteren Generation, zu der Fritz Wildhagen (der einst in Berlin zu hohem Ansehen kam), Julius Freymuth, Hans Kallmeyer, Max Block und Ida Wollermann-Lindenau gehören (ihr Gemälde „Andante" ist eins der malerisch bedeutendsten Stücke dieser Ausstellung), — wie in denen der Jüngeren wie Gerhard und Erika *Eisenblätter, Heinz Sprenger*, Robert Hoffmann, Karl Kunz, Kurt Bernecker und der Danziger Bruno Paetsch und Fritz Heidingsfeld, dessen kühne Farbigkeit sich mit einer betont malerischen Linie aufs glücklichste vereint. *Gertrud Lerbs-Bernecker*, die schon einmal, Anfang der Dreißigerjahre, als eine ebenso eigenartige wie starke Begabung *der jüngeren* Generation galt, ist neuerdings mit einem Zyklus von Graphiken hervorgetreten, in denen sie das Fluchterlebnis 1945 und den Abschied von der Heimat mit erschütternder Unbedingtheit dramatisch und voll stiller Größe schildert. Der Danziger Fritz Pfuhle ist mit einigen neuen, sehr schönen Pferde-Aquarellen vertreten, während der Nestor der einstigen Königsberger Kunstakademie, Karl Storch, sich den Motiven zugewendet hat, die ihm seine Geburtsheimat Segeberg (Holstein), wo er nun seinen Lebensabend verbringt, bietet.

Die Ausstellung macht keinen Anspruch *auf Vollständigkeit*, manche der ostpreußischen Maler leben in der Ostzone, andere sind noch nicht zurückgekehrt

Leider ist die Plastik nur schwach vertreten. Doch grüßen immerhin Hermann Brachert und *Rudolf Dautert mit* einigen kleinen Figuren und Edith von Sanden — die Frau des Schriftstellers Walter von Sanden-Guja — mit einigen reizenden Tierplastiken. **In ihrer Einfachheit und Echtheit gehören sie wie selbstverständlich zum** *Bilde* **des** *Landes* **und der Menschen zwischen Weichsel und Memel.**



Eislauf in Ostpreußen

Aquarell von Karl Kunz, geb. 1904 in Herzogswalde in Ostpreußen, jetzt in Berlin. (Nordostdeutsche Kunstausstellung Hamburg) Foto: Ingeborg Sello

Das Kreuz des deutschen Ostens

Das Mahnmal für uns Heimatvertriebene

Am Nordrand des Harzes, unmittelbar an der Grenze der sowjetisch besetzten Zone, wird auf einer Felsklippe, die weit ins deutsche Land hineinragt, in der Johannisnacht dieses Jahres ein mächtiges Kreuz errichtet, das dem Gedenken unserer ostdeutschen Landschaften gewidmet sein wird und unsern Ruf nach Recht und Heimat in ganz Deutschland und aller Welt verkünden soll.



Das Kreuz des deutschen Ostens in Bad Harzburg (Entwurf)

Oft genug ist der Gedanke eines solchen Zeichens für alle abgetrennten Landschaften schon als Wunsch geäußert, — hier wird er nun zur Wirklichkeit. Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen in Bad Harzburg, in enger Zusammenarbeit mit den Landsmannschaften am Ort, den Ortsgruppen des Amtsbezirks und dem Kreisverband, tatkräftig unterstützt von Stadt- und Kreisbehörden hat nun den lang gehegten Plan in die Tat umgesetzt. Die Forstverwaltung stellt die mächtigen Lärchenstämme zur Verfügung, aus deren Holz das Kreuz zusammengefügt wird und gibt den Platz um die hohe Uhlenklippe frei, die auf einem kahlgeschlagenen Hang über der Stadt schon von weither sichtbar ist. Die Stadtwerke legen ein Kabel auf die Höhe, mit dem die Leuchtröhren gespeist werden, die Nacht für Nacht das Kreuz erhellen werden, das damit an die hundert Kilometer im Umkreis sichtbar werden wird. Der Platz ist so gelegen, daß er im Halbrund weit über das Land schaut: nach Nordwesten über Niedersachsen, nach Süden auf die Harzberge bis zum Brockengipfel, nach Nordosten über den Eisernen Vorhang hinweg in die Sowjetzone.

Rings um den Fuß des Kreuzes, das zwanzig Meter über die Klippe hinausragt, werden die Wappen der besetzten Provinzen, in Hartholz geschnitzt, angebracht. Sie sollen von den Abordnungen der Landsmannschaften in feierlicher Uebergabe selbst *angebracht werden*. So wird das Mahnmal Mittelpunkt des Gedenkens für uns Heimatvertriebene, zugleich aber auch Zeichen des gesamtdeutschen Gedankens, an dem die Alteinwohner des westdeutschen Bundesgebiets ebenso teilnehmen wie die der Ostzone, zu denen das Kreuz hinüberleuchtet.

Die Einweihung des Mahnmals wird in der Nacht zum 24. Juni in einer großen Feier vorgenommen, zu der neben allen **Landsmannschaften auch die Niedersächsi-**

sche Landesregierung, die Vertriebenenvertreter des Bundestags und die Bundesregierung geladen sind. Auch die Spitzen der evangelischen und katholischen Kirche von Niedersachsen werden an dem Festabend im Festgottesdienst vertreten sein.

Die Ausführung des Werks ist bereits im Gange. An der Verlegung des Kabels für die nächtliche Beleuchtung arbeitet eine Schar von Heimatvertriebenen aus dem Ort als freiwillige Helfer. Die Entwürfe, in denen der Träger des Gedankens, der Harzburger Z.V.D.-Vorsitzende Franz Kettmann, seine Pläne ausarbeiten ließ, sind bereits in Arbeit gegeben. Die Finanzierung ist durch namhafte Zeichnungen von Stadt und Kreis sichergestellt und wird durch die Ausgabe von Plaketten ergänzt. Die gesamte Arbeit wird mit Nachdruck vorangetrieben, so daß trotz der kurzen Frist das Kreuz aller Heimatvertriebenen erstehen wird.

Zur Weihefeier selbst werden Einladungen und Programme noch bekannt gegeben.

Heute aber schon ist es Sache ganz besonders unserer Landsmannschaft, dieses Mahnmal im Herzen Restdeutschlands zum Sinnbild für uns alle zu machen. Für den Ostpreußen wie den Schlesier, den Pommern und den Sudetenländer, Brandenburger und den Vertriebenen aus dem Warthegau wird hier ein Mittelpunkt für sein Gedenken wie ein Rufzeichen seiner unauslöschlichen Forderung erstellt, das als erstes ragendes Zeichen unserer Heimatliebe zum Himmel steigt.

Horst Frischmuth-Hannover

Wir veröffentlichen im folgenden einen Brief, den der frühere Herausgeber von „Wir Ostpreußen", Horst Frischmuth in Hannover, am 9. April an den Bundesfinanzminister Schäffer gerichtet hat. Dieser wandte sich darauf an den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Staatssekretär Dr. Schreiber, der mit einem entsprechenden Schreiben antwortete. Der Inhalt dieser Briefe ist so eindeutig, daß sich jeder Kommentar erübrigt. Hier der Wortlaut:

Horst Frischmuth Hannover, 9. 4. 1950.
Stephansplatz 13,
Tel. 81992

Dem
Herrn Bundesfinanzminister Schäffer
Bonn.

Hochverehrter Herr Minister!

In der Anlage überreiche ich Ihnen eine Probenummer des Ostpreußenblattes mit einer Karikatur Ihrer Person auf Seite 5. Diese Karikatur ist nicht geeignet, Ihr Ansehen unter den Ostpreußen zu stärken. Wunder nimmt es mich jedoch, etwas derartiges in dem offiziellen Organ der Landsmannschaft zu finden, deren Sprecher Herr Dr. Schreiber ist der als Staatssekretär im Flüchtlingsministerium sitzt und doch in all diesen Fragen mit Ihnen eng zusammenarbeiten muß. Zudem berührt diese Verächtlichmachung stark die geplante Staatsschutznovelle.

Hochachtungsvoll gez. Frischmuth.

Bundesministerium
für Vertriebene Bonn, den 6. Mai 1950.
Der Staatssekretär
Dr. Schr./Btk.

An den
Bundesminister der Finanzen,
Herrn Dr. Schäffer,
Bonn.

Sehr verehrter Herr Bundesminister!

Ich bestätige Ihr gefl. Schreiben vom 3. Mai nebst den Anlagen. Wahrscheinlich ist es überflüssig zu betonen, daß ich mit der Schriftleitung des Ostpreußenblattes nichts zu tun habe. Ich würde weder der Sache noch auch Ihnen persönlich nützen, wenn ich meinen Einfluß in der Richtung zur Geltung zu bringen versuchte, daß eine Auseinandersetzung mit den von Ihnen vertretenen Auffassungen unterbleibt.

Ich halte es für erforderlich, Sie auch darüber zu unterrichten, daß der Denunziant vorübergehend Geschäftsführer der Landsmannschaft war und daß z. Zt. eine gerichtliche Auseinandersetzung mit ihm im Gange ist, durch die verhindert werden soll, daß er aus dem Nachrichtenblatt unangemessene wirtschaftliche Vorteile zieht.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ihr sehr ergebener
gez. Dr. Schreiber.

Ostpreußische Gedenktage

Der Juni bringt u. a. folgende ostpreußische Gedenktage: 4. 6. 1415: Heinrich Vogelsang in Heilsberg gestorben (geb. um 1360 in Heilsberg, Bischof von Ermland, im Gegensatz zum Hochmeister Heinrich von Plauen; begraben im Frauenburger Dom). — 4. 6. 1865: Frieda Jung in Kiaulkehmen (Jungort), Kr. Gumbinnen, geboren (formschöne, von starker Heimatliebe getragene Dichtungen, gest. 1929 in Insterburg). — 5. 6. 1781: Chr. Aug. Lobeck geboren (Meisterwerke zur griechischen Religionsgeschichte und Sprachwissenschaft; geistvolle lateinische und deutsche Festreden. L. galt als Zierde und Stolz der Albertina, gest. 1860 in Königsberg). — 7. 6. 1861: Joh. Mich. Guise (Giese) gestorben (geb. 1796, der Altmeister planmäßiger ostpreußischer Burgenforschung, wertvolle Handzeichnungen). — 9. 6. 1818: Joh. Fr. von Herrmann in Johannisburg gest. (geb. 1730, verteidigt Pillau mit Erfolg im unglücklichen Krieg 1806/07). — 10. 6. 1843: Theod. Gottl. von Hippel (d. J.) in Bromberg gestorben (geb. 1775 in Gerdauen. Mitarbeiter Hardenbergs, Anteil an Preußens Erhebung, verfaßt den Aufruf „An mein Volk" vom 17. 3. 1813; später Präsident in Marienwerder und Oppeln. Freund und Helfer E. T. A. Hoffmanns.). — 14. 6. 1854: Ch. Th. L. Lukas gestorben (geb. 1796, Schulmann und vielseitiger Wissenschaftler. Arbeiten zur altgriechischen und Ordensgeschichte sowie zur deutschen Literatur). — 14. 6. 1405: Johannes von Posilge gestorben (geb. um 1340 in Posilge, schrieb eine preußische Chronik in lateinischer Sprache. Sie ist eine der wichtigsten Geschichtsquellen des Mittelalters). — 14. 6. 1932: Ad. Emil Hering in Rauschen-Sassau gestorben (geb. 1863 in Bosemb, Kr. Sensburg; Maler; besondere Erfolge seiner historischen Gemälde; Verkündigung des Todesurteils und Erschießung der Schillschen Offiziere). — 15. 6. 1670: Th. Ludw. Lau in Königsberg geboren (wechselvolles Lebensschicksal, philosophische und merkantilistische Schriften. Er führt das Wort „Nationalökonomie" ein; gestorben 1740). — 15. 6. 1843: Joh. Jac. Gallandi in Paterswalde geboren (Major; er hat ostpreußische Wappen von 1500 bis zur Gegenwart u. ä. gesammelt und handgezeichnet; in Königsberg 1918 gest.). — 18. 6. 1687: Friedrich Wilhelm, Herzog von Holstein-Beck geboren (Generalfeldmarschall, war für Friedrich II. „der gute alte Holsteiner", eine Art Gegenstück zum Alten Dessauer. Nach ihm war das Schloß Holstein am Pregel benannt, gest. 1749 in Königsberg). — 20. 6. 1869 Gottfr. Döring in Elbing gest. (geb. 1801 in Pomehrendorf bei Elbing, Pflege der Musik in Elbing und Danzig, der Vater der preußischen Musikgeschichte durch sein Hauptwerk: Geschichte der Musik in Preußen, Elbing 1852). — 21. 6. 1788: Joh. Georg Hamann gestorben (geb. 1730 in Königsberg, Packhofverwalter, Freund Imm. Kants, Gegner der Aufklärung und der Kantischen Erkenntnislehre. Er betont die Schöpferkraft des Gefühls und beeinflußt stark Herder sowie die literarische Epoche des Sturmes und Dranges. Neue Hamann-Forschungen durch Jos. Nadler). — 21. 6. 1799: Chr. Fr. Keßler in Königsberg geboren (Landschaftsmaler des nördlichen Ostpreußen, Altarbild der Tilsiter Deutschordenskirche, gest. 1854 in Tilsit). — 24. 6. 1382: Winrich von Kniprode in Marienburg gestorben (geb. um 1310 in Kniprath im Rheinland. Ungewöhnlich schneller Aufstieg im Deutschen Orden durch Begabung, Charakter und kriegerische Tüchtigkeit. In seiner 30jährigen Hochmeistertätigkeit [1351—82] wird der Orden zur ausschlaggebenden politischen und wirtschaftlichen Macht im Ostseeraum. Blütezeit des Ordenslandes durch steigenden Wohlstand, Aufschwung des geistigen Lebens und der Künste). — 24.6. 1685: H. von Lehwald in Legitten bei Labiau geboren (Generalfeldmarschall, kämpft u. v. a. 1757 mit Erfolg gegen russische Uebermacht bei Gr.-Jägersdorf, gest. 1768 in Königsberg). — 24. 6. 1748: Dav. Gottl. Kuwert in Nidden geboren (legt dort die Plantage an; beginnt die Festlegung der Dünen. Ihm wird die Einführung des Kurennetzes zugeschrieben; gest. 1827 in Nidden). — 24. 6. 1862: Rud. Otto Franke geboren (Verdienste um die Kenntnis der buddhistischen Literatur, Blüte der Indologie an der Albertina; gest. 1928 in Königsberg). — 24. 6. 1911: Jul. Lippert gestorben (geb. 1866 in Stanneitschen bei Gumbinnen. Professor für Orientalistik in Berlin. Arbeiten zur arabischen Literaturgeschichte). — 25. 6. 1394: Dorothea von Montau in Marienwerder gestorben (geb. 1347 in Montau, lebte ein Jahr vor ihrem Tode in einer Klause im Dom zu Marienwerder; im Ruf besonderer Begnadigung stehend, wurde sie hauptsächlich im Ermland und in Westpreußen als Schutzpatronin Preußens verehrt). — 25. 6. 1822: Ernst Theodor Amadeus (Wilh.) Hoffmann gestorben (geb. 1776 in Königsberg, Reg.-Rat; außerordentlich vielseitige Begabung: Dichter, Maler, Musiker. Seine Erzählungen, in denen Humor und Grausen, Märchenwelt und Wirklichkeit sich eigenartig mischen, gehören zum besten deutschen Novellengut). — 25. 6. 1858: Fr. Aug. Gotthold in Königsberg gestorben (geb. 1778; Wilh. von Humboldt überträgt ihm 1810 die Leitung des Friedrichskollegs, bedeutende Arbeiten zur Pädagogik, klassischen Philologie und Geschichte). — 25. 6. 1904: Wilhelm Jordan gestorben (geb. 1819 in Insterburg, bearbeitete u. a. „Die Nibelunge" und übersetzte die Edda, Ilias und Odyssee). — 27. 6. 1786: Jos. Green in Königsberg gestorben (geb. um 1726 in Hull; Fa. Green, Motherby u. Co.; enge Freundschaft und Zusammenarbeit mit Imm. Kant —Kritik der reinen Vernunft —. Vorbild für Hippels Lustspiel: Der Mann nach der Uhr). — 29. 6. 1917: Richard Friese gestorben (geb. 1854 in Gumbinnen, Tier- und Landschaftsmaler des Ibenhorster Elchreviers und der Rominter Heide; besondere Förderung durch Wilhelm II.).

Das volkstümlichste Krankenhaus Ostpreußens

Hundert Jahre „Barmherzigkeit"

Das segensreiche Wirken der Krankenanstalt und des Mutterhauses — Tanz über Gräbern

Das bekannteste und volkstümlichste Krankenhaus in Ostpreußen war die „Barmherzigkeit" in Königsberg, nicht nur, weil diese Krankenanstalt ihren alten, guten Ruf hatte und Kranke der benachbarten Landkreise dort Aufnahme fanden, sondern weil sie mit dem Diakonissenmutterhaus verbunden war und durch diese Schwesternschaft fast jede evangelische Gemeinde in Ostpreußen in enger Fühlung mit ihr stand. Aus allen Teilen der Provinz meldeten sich Schwestern zum Eintritt als Diakonissen, und wiederum gab die „Barmherzigkeit" ihre Schwestern auf die verschiedensten Arbeitsplätze, ob es nun Krankenhäuser waren oder Altersheime, Waisenhäuser oder Erziehungsanstalten, Carlshof oder das Angerburger Krüppelheim.

Aus kleinen Anfängen war die „Barmherzigkeit" entstanden. Zwei junge Gräfinnen Dohna hatten auf einer Rheinreise das Diakonissenhaus in Kaiserswerth kennengelernt und wußten den Boden trefflich vorzubereiten für die Errichtung eines ähnlichen Hauses in Ostpreußen. So brachte Pfarrer Fliedner im Jahre 1850 drei Diakonissen nach Königsberg. Die bildeten den Grundstock der „Barmherzigkeit"; am 18. Mai 1850 wurde das Krankenhaus begründet. Jahr um Jahr wuchs das Werk und bewährte sich, besonders auch in Kriegszeiten, wenn in den Feldlazaretten und auch in der Heimat besonders hohe Anforderungen an den Schwesterndienst gestellt wurden. Das war 1866 und 1870-71 so, in weit höherem Maße noch 1914-18, und schließlich wieder auch im letzten Krieg. Es war das Mutterhaus stark gewachsen. Nach achtzig Jahren seines Bestehens gehörten ihm mehr als tausend Diakonissen an. Und aus dem bescheidenen Krankenhaus auf dem Hinterroßgarten an der Altroßgärtner Kirchenstraße war ein gewaltiges Viereck von Gebäuden entstanden, wovon der nördliche Teil, der Neubau, zu den schönsten und modernsten Krankenhäusern Deutschlands gehörte.

Wie allen kirchlichen Anstalten bereitete der nationalsozialistische Staat auch der „Barmherzigkeit" Schwierigkeiten genug. Dann kam der Zusammenbruch. Um der großen Aufgaben willen, die in Königsberg bei der Nähe der Front und dem beginnenden Flüchtlingselend ganz besonders dringlich waren, blieb das Diakonissenmutterhaus auf seinem Arbeitsplatz. Es teilte darum das schwere Geschick der ostpreußischen Bevölkerung. Die Fliegerangriffe auf Königsberg vom 27. und 30. August 1944 zerstörten Einiges, ließen aber das Wesentliche des Krankenhauses noch weiter bestehen. Unter den Schwestern gab es auch drei Todesopfer. Aber mit dem 9. April 1945 brach auch für dieses Haus die entsetzlich schwere Russenzeit herein. Das Haus war übervoll von Kranken und Verwundeten, besonders waren die weit ausgedehnten Keller mit Betten vollgestellt. Das Zeichen des Roten Kreuzes störte die Sieger in keiner Weise. Rücksichtslos wurde Beute gemacht: Uhren, Gold, Frauen . . . Verwundete deutsche Soldaten, auch Peter und Max — so wurden die beiden französischen Kriegsgefangenen genannt, die dort zur Arbeit eingesetzt waren — stellten sich schützend vor die Frauen. Sie wurden über den Haufen geschossen. Zwei Tage nach der Kapitulation kündete ein russischer General dem Leiter des Hauses, Pfarrer Stachowitz, an, daß in zwei Stunden das Haus in Brand gesteckt werden würde. Die völlig sinnlose Brandstiftung geschah, Deutsche wurden am Löschen gehindert, und nun mußten die Kranken durch das ärztliche und Pflegepersonal ins Freie geschafft werden. Die Oberin, Renata Gräfin Stolberg, trug selber auf ihrem Rücken polnische Typhuskranke aus dem brennenden Haus ins Freie. Vorübergehend wurde das Krankenhaus in Maraunenhof untergebracht; dann im Oberfinanzpräsidium, schließlich siedelte es auf russischen Befehl wieder in das alte Gebäude zurück. Es waren nur der Dachstuhl und das oberste Geschoß durch den Brand zerstört bzw. beschädigt, und es mußten deutsche Handwerker, so gut es bei dem Mangel an Baumaterial möglich war, den entstandenen Schaden beseitigen. Das Haus war nicht nur durch Brand beschädigt, es war auch völlig ausgeplündert. Nun mußte alles wieder neu beschafft und eingerichtet werden. Besonders machten sich die Schäden im Winter 1945 zu 1946 bemerkbar. Es floß das Wasser durch alle Stockwerke herab. Anstelle der Zentralheizung schafften eiserne Oefen kümmerlich etwas Wärme, und durch verpappte Fenster zog der Wind. Bettwäsche war nur für einen geringen Teil der Patienten vorhanden. Die Verpflegung war so dürftig, daß den neu aufgenommenen Kranken eröffnet wurde, daß sie hier nicht bestehen könnten, wenn nicht von Angehörigen zusätzliche Verpflegung gebracht würde. Aber Eines blieb: Der Geist des Hauses.

Fröhlicher Gesang von Kindern

Dann und wann klang vom Garten her ein Lied, von einer großen Schar von Kindern gesungen. Wer irgend zum Fenster gehen konnte, sah hinaus: denn ein fröhlicher Gesang von Kindern war wohltuend wie stärkende Medizin. Da zog gerade eine Schar von Kindern aus, um etwa in den benachbarten Anlagen oder Gärten Brennesseln oder Melde zu suchen, zur Bereicherung der kargen Ernährung. Das waren nicht die Kinder der Kinderstation; die lagen ja krank, die konnten nicht gehen, sondern diese gehörten zu Müttern, die in das Krankenhaus aufgenommen werden mußten und die für ihre Kinder niemand hatten, der sie in dieser Zeit betreuen konnte. Wo waren denn auch Menschen, die ihr eigenes knappes Brot mit fremden Kindern hätten teilen können? So wurden sie also in der „Barmherzigkeit" auf einer besonderen Abteilung unter der Diakonisse Marie Dembowski untergebracht. Es war aber nicht leicht, für diese Schar — es waren oft an zweihundert — die nötigen Lebensmittel von den Russen bewilligt zu bekommen.

Unter dem Schein der Sachlichkeit und Neutralität wurde der Kampf gegen die Kirche geführt. Staat und Kirche sind getrennt, das war der russische Standpunkt, und so wurde die Arbeit der beiden Pfarrer schwer betroffen. Pfarrer Stachowitz durfte nur die Diakonissenschaft seelsorgerisch betreuen, und nur, wo er von Kranken gerufen wurde, eine Andacht halten. Pfarrer Leitner wurde im Raum des Krankenhauses jede Seelsorge untersagt.

Ein schwerer Schmerz war für das Diakonissenhaus der Abtransport der alten und arbeitsunfähig gewordenen Schwestern. Die Russen versprachen, für sie aufs beste zu sorgen. Aber leider erwies es sich wieder einmal, daß man keinem russischen Wort glauben darf. Die in den schönsten Farben geschilderten Unterkünfte in Neukirch — dorthin ging der Transport — hatten zum Teil nicht einmal Fenster, Türen und Oefen, und es war schon Anfang Dezember. Daß von der Schwesternschaft für diese Alten nun nicht mehr gesorgt werden konnte, wurde von allen als schwere Last empfunden. Unter ihnen galt die Regelung, daß die Gehalt empfangenden Schwestern die nicht verdienenden in gleicher Weise versorgten wie sich selber. Im Laufe des Jahres 1947 setzten immer mehr Entlassungen ein.

Ein Leprakranker

Dann aber fing der Abtransport an. Kleine Transporte waren im Frühjahr gegangen; aber seit dem 22. Oktober 1947 gingen große Transporte von je zweitausend Mann, und jedem Zuge wurden mehrere Schwestern als Sanitätsbegleitpersonal zugeteilt. Ende November ging der letzte Transport. Dann begann erst Mitte März 1948 der weitere Abtransport der deutschen Bevölkerung. In Königsberg blieben nur etwa 500 deutsche Zivilisten zurück, zu ihrer Betreuung eine Gruppe von etwa zwölf Diakonissen und Frau Dr. Führer als letzte deutsche Aerztin. Diese kamen im Herbst 1948 heraus. Nur zwei Diakonissen blieben zurück — übrigens zwei leibliche Schwestern —, die den letzten Lepra-Kranken nicht verlassen wollten. Das bei Memel gelegene Lepraheim war gegen Ende der Kriegszeit nach Königsberg geschafft worden. Von den zwölf bis sechzehn Leprakranken, die es meistens barg, waren nur noch wenige übriggeblieben, die auch bis auf Einen in Königsberg starben. Diesen Letzten wollten die Schwestern nicht allein und unversorgt zurücklassen. So blieben sie auf ihr Anerbieten hin bei ihm, bis er im Herbst 1949 nach Litauen in ein Krankenhaus geschickt wurde und sie nun auch die Reise ins Reich antreten konnten.

Die in diesen schweren Zeiten in Königsberg verstorbenen Diakonissen — es waren einige zwanzig — waren im Garten der „Barmherzigkeit" beerdigt worden. Kreuze und Blumen schmückten die Gräber. Am Gründonnerstag 1948 ebnete ein russisches Arbeitskommando die Gräber ein und errichtete auf diesem Platz eine Bretterlage. Darauf wurde am Tage danach — es war gerade Karfreitag — getanzt . . .

Ein neues Mutterhaus in Berlin

Nun ist die große Schar der Schwestern weit zerstreut in der Ost- und Westzone. Viele Arbeitsplätze — Krankenhäuser und Gemeindepflegestationen — sind mit unseren Königsberger Schwestern besetzt. Ein neues Mutterhaus ist in Berlin im Entstehen begriffen. Junge Mädchen melden sich zur Aufnahme als Diakonissen, und es beginnt nach den furchtbaren Verlusten der letzten Jahre — rund 250 Diakonissen fanden durch den Krieg den Tod — ein neues Leben und Wachsen. Hundert Jahre hat die „Barmherzigkeit" ihren Dienst in unserer Heimat und über ihre Grenzen hinaus getan. Es bestanden z. B. in Berlin zwei große, mit „Barmherzigkeits"-Schwestern besetzte Gemeindepflegestationen. Wie Gott nun das Geschick des Hauses lenken wird, wir wissen es nicht; aber das wissen wir, daß er seine Werkzeuge in Feuersgluten schmiedet, und darum ist dies unsere Hoffnung und unser Wunsch und unsere Fürbitte, daß durch die dienende Liebe, die aus dem Glauben an unseren Herrn und Erlöser kommt, ein großer Dienst unserem Volk geleistet werden möge.

L.

Zur Behebung des Vertriebenenelends

Wichtiger NCPW-Vorschlag an den Kongreßausschuß für auswärtige Angelegenheiten

D. C. Washington. Der National Council For Provention of War richtete eine Eingabe an den Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses.

Die Eingabe des Kriegsverhütungsrates enthält eine Reihe von bedeutsamen Vorschlägen zur Behebung der Vertriebenennot und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit in Deutschland, und zwar werden folgende Forderungen gestellt:

1. Aufhebung sämtlicher Beschränkungen hinsichtlich des Schiffsbaus,
2. Aufhebung sämtlicher Beschränkungen in der Herstellung synthetischer Treibstoffe,
3. Aufhebung sämtlicher Beschränkungen hinsichtlich der Stahlproduktion und Herstellung von Werkzeugmaschinen,
4. Aufhebung der Außenhandelsbeschränkungen, auch mit dem Osten. Dies wird u. a. auch damit begründet, daß Deutschland allein aus den infolge des Potsdamer Abkommens von Deutschland abgetrennten Gebieten Nahrungsmittel und Holz im Werte von 245 Millionen Dollars im Jahre bezog. In diesem Zusammenhang ist von besonderer Wichtigkeit der Punkt:
5. In Ergänzung der Economic Cooperation Act von 1948, Abschnitt 115, Absatz h, möge der Ausschuß ausdrücklich feststellen, daß „jede Gebietserweiterung in der Nachkriegszeit, die von einem ECA-Partner auf Kosten eines anderen gemacht wurde, nicht als dauernd betrachtet werden soll, es sei denn, es wurde in einem Friedensvertrag darüber eine Uebereinkunft erzielt". Dies gelte insbesondere hinsichtlich der „illegalen de-facto-Abtrennung Ostdeutschlands und der Saar von Deutschland".
6. Da infolge der Austreibung von Personen deutscher Herkunft aus Osteuropa die Bevölkerungsdichte in Westdeutschland auf 500 für die Quadratmeile angestiegen ist (im Vergleich zu 13 pro Quadratmeile in den USA) und da die Vertriebenenfrage hauptsächlich auch dem Arbeitslosenproblem in Westdeutschland zugrundeliegt, sind die folgenden Maßnahmen zur Behebung der Vertriebenennot zu ergreifen:
   a) Der Zustrom weiteren amerikanischen Kapitals ist zu ermutigen,
   b) Die Auswanderung der Vertriebenen ist zu fördern,
   c) Der ECA-Administrator soll die Aenderung der IRO-Satzung beantragen mit dem Ziel, daß die 12 Millionen deutsche Heimatvertriebene mit der IRO mitbetreut werden.
7. Außerdem ist der Studentenaustausch zwischen Deutschland und den USA durch Gewährung von Marshallplangeldern für diesen Zweck zu erleichtern.
8. Die Wiedervereinigung Deutschlands auf Grund freier und geheimer Wahlen ist zu fördern. Der diesbezügliche Vorschlag des amerikanischen Hochkommissars Mc Cloy möge die volle Unterstützung des Kongresses erfahren.

Unsere Waffe ist allein das Recht

Appell der Landsmannschaften an die Bundesregierung

Im Beisein von Bundesminister Dr. Lukaschek wurde am 21. Mai auf der Großkundgebung der Schlesier und Sudetendeutschen in Hamburg die nachstehende Entschließung gefaßt:

„Die Ostdeutschen Landsmannschaften erblicken ihre vornehmste Aufgabe darin, die Weltöffentlichkeit in Wort und Schrift über das Unrecht aufzuklären, das an zwölf Millionen deutschen Menschen dadurch begangen wurde, daß man sie aus der angestammten Heimat vertrieben hat. Wir erheben die Forderung, den Vertriebenen die Heimat, auf die sie vor Gott und den Menschen einen unabdingbaren Rechtsanspruch haben, zurückzugeben. Der Kampf der Landsmannschaften um die alte Heimat wird nicht mit Untergrundmethoden und Kriegsparolen geführt, sondern mit legalen und demokratischen Mitteln, offen und ehrlich. Unsere Waffe ist einzig und allein das Recht. Wir hoffen, daß uns die Deutsche Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, bei unserer Tätigkeit, die im gesamtdeutschen Interesse liegt, tatkräftig unterstützt. Mit gelegentlichen offiziellen Erklärungen ist es nicht getan. Das Problem der Vertriebenen ist ein gesamtdeutsches Problem. „Die Mauer des Schweigens", die um die Frage der deutschen Ostgebiete errichtet wurde, muß endlich durchbrochen werden. Es darf in der Welt nicht der Eindruck entstehen, den die derzeitigen Machthaber im Osten durch eine umfangreiche Propaganda planmäßig hervorzurufen bemüht sind, als habe Deutschland auf seine Ostgebiete bereits verzichtet; denn es handelt sich hier nicht nur um eine Vertriebenenfrage, sondern um eine Lebensfrage für das ganze deutsche Volk. Wir erwarten, daß die Deutsche Bundesregierung ihre große Verantwortung erkennt und beschleunigt handelt."

Um die Einwanderung in die USA

Erleichterungen für Heimatvertriebene

Washington. Nachdem es zunächst den Anschein hatte, als würde die vom amerikanischen Senat angenommene Neufassung der Gesetzesvorlage über die DP-Einwanderung den Interessen der deutschen Heimatvertriebenen weitgehend zuwiderlaufen, ergibt sich nunmehr, daß infolge zahlreicher Zusatzanträge doch beträchtliche Fortschritte in Richtung auf eine Gleichberechtigung der Heimatvertriebenen mit den DPs hinsichtlich der Einwanderung in die USA erreicht wurden.

So wurde ein Zusatzantrag des republikanischen Senators Taft von Ohio angenommen, wonach die 54 744 deutschen Heimatvertriebenen, die allein nach der Hauptvorlage einwandern dürfen, auf die Einwanderungsquoten der Länder angerechnet werden sollen, aus denen sie vertrieben wurden. Das ist von umso größerer Bedeutung, als zunächst diese Heimatvertriebenen auf die deutsche Einwanderungsquote angerechnet werden sollten, die nunmehr also weitgehend „entlastet" wird. Allerdings wurde dieser Zusatzantrag — obwohl angenommen — dann unzureichend und mißverständlich formuliert. Es wird darauf ankommen, welche Formulierung die endgültige Fassung haben wird, die von einem Komitee verschiedener Senatoren und Kongreßabgeordneter beschlossen wird.

Außerdem steht nunmehr fest, daß die 54 000 Heimatvertriebenen, die nunmehr in die USA auswandern dürfen, eine beschränkte finanzielle Hilfe und auch sonstige Vorteile erhalten sollen, die bisher allein den DPs gewährt wurden. Als „Heimatvertriebene" gelten nach dem Gesetzentwurf dabei allein „diejenigen vertriebenen Personen, die in den jetzt von den Satellitenländern der Sowjetunion beherrschten Gebieten Deutschlands geboren wurden". Danach kann kein in Westdeutschland geborener Heimatvertriebener einen Antrag auf Einwanderung in die USA nach den Bestimmungen der DP-Bill stellen. Das gleiche gilt auch für die in der sowjetischen Besatzungszone Geborenen. Dagegen kann — beispielsweise — ein in den polnischen Verwaltungsgebieten geborener Heimatvertriebener diesen Antrag stellen.

Herausgeber: Walter Ostermann, Hannover, Am Taubenfelde 1, Tel. 26 138, als Sequester.
Sendungen für die Schriftleitung: (24a) Hamburg-Bahrenfeld, Postfach 20.
„Wir Ostpreußen" erscheint zweimal im Monat. Bezugspreis: 55 Pfg. und 6 Pfg. Zustellgebühr. Einzelverkaufspreis 35 Pfg. Postscheckkonto Hamburg 83—011 C. E. Gutzeit.
Anzeigenverwaltung und -annahme und Druck: Rautenberg & Möckel, (23) Leer (Ostfriesland), Norderstr. 29/31.
Z. Zt. Anzeigenpreisliste 4 gültig.